

Niederschrift

über die VIII/008.. Sitzung
des Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschusses der Stadt Schwerte am

Dienstag, dem 08.02.2011, um 17:00 Uhr
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Heinrich Böckelühr

CDU-Fraktion

2. Herr Dieter Böhmer für Herrn Marco Kordt
3. Herr Dr. Jens Brökelschen
4. Frau Ellen Hentschel
5. Frau Sonja Lammert
6. Herr Klaus-Jürgen Paul
7. Herr Hans-Georg Rehage

SPD-Fraktion

8. Herr Thomas Klüh
9. Frau Ursula Meise
10. Frau Marlies Mette
11. Frau Britta Santehanser
12. Frau Anita Schweer-Schnitker

Bündnis 90/Die Grünen

13. Frau Monika Demant
14. Herr Rupert Filthaus

FDP-Fraktion

15. Herr Walter Hülscher

WfS-Fraktion

16. Herr Eckehard Weist

Fraktion DIE LINKE.

17. Herr Dieter Reichwald

seitens der Verwaltung die Damen und Herren

18. Herr Carsten Morgenthal Leiter der Stabsstelle Recht und Presse
19. Frau JuttaX Pentling Fachdienstleiterin 1
20. Herr Walter Saller Personalratsvertreter
21. Herr Christian Struwe Bereichsleiter 10
22. Herr Michael Wilczynski Personalratsvorsitzender

23. Herr Hans-GeorgX Winkler

Erster Beigeordneter
bis TOP 8, 18:23 Uhr
Gleichstellungsbeauftragte

24. Frau Birgit Wippermann

Schriftführerin

25. Frau Heidrun Schinnerling

Entschuldigt

26. Herr Marco Kordt

Abwesend:

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 19:20 Uhr
- c) unterbrochen von

Tagesordnung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Betriebliche Gesundheitsförderung bei der Stadtverwaltung Schwerte **VIII/0352**
6. Online-Übertragung der Sitzungen des Rates und der Ausschüsse der Stadt Schwerte **VIII/0359**
CDU-Antrag vom 17.01.2011
7. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
8. Informationen und Anfragen

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Ausschusses

Herr Bürgermeister Böckelühr eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschusses fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die vorliegende Tagesordnung gilt somit als festgestellt.

3. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Anfragen zur Einwohnerfragestunde vor.

4. Feststellung von Befangenheit

Ein Mitwirkungsverbot nach § 31 GO NRW und § 9 GeschO (Rat und Ausschüsse) liegt nicht vor.

5. Betriebliche Gesundheitsförderung bei der Stadtverwaltung Schwerte Vorlage: VIII/0352

Frau Wippermann erläutert ausführlich die Drucks.-Nr.: VIII/0352.

Herr Wilczynski betont, dass der Personalrat die Einführung einer durch den Personalrat und der Dienststelle paritätisch besetzten Arbeitsgruppe zur betrieblichen Gesundheitsförderung für sehr sinnvoll erachte. Zielsetzung dieser Arbeitsgruppe solle es sein, durch präventive Maßnahmen auf die Gesundheit der Beschäftigten der Stadtverwaltung Schwerte, auch vor dem Hintergrund der aktuellen Altersstruktur, positiv einzuwirken.

Herr Filthaus hinterfragt, ob den Beschäftigten ein finanzieller Zuschuss seitens der Verwaltung oder z. B. von den Krankenkassen für die Inanspruchnahme von Gesundheitskursen gewährt würde und welcher Kostenaufwand seitens der Verwaltung für die Maßnahmen entstanden seien.

Frau Wippermann erklärt, dass die bisher durchgeführten Gesundheitstage in Kooperation mit Sponsoren (z. B. Krankenkassen und VHS-Dozenten) mit einem sehr geringen Budget durchgeführt worden seien. Sollten jedoch die Gesundheitstage für die Beschäftigten zukünftig kontinuierlich durchgeführt werden, würden die bisher zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel für die Umsetzung der weiteren geplanten präventiven Gesundheitsförderungsmaßnahmen wahrscheinlich nicht ausreichen.

Frau Pentling führt aus, dass betriebliche Gesundheitsförderung auf Dauer nicht kostenfrei bzw. mit dem bisherigen Budget durchgeführt werden könne. Um allein allen Beschäftigten sukzessive einen präventiv gesundheitsfördernden Arbeitsplatz zur Verfügung stellen zu können, müssten hinsichtlich der Arbeitsplätze bezogen auf die Ausstattung intensive Untersuchungen durchgeführt werden. Zurzeit würden bezüglich der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2012/2013 Überlegungen angestellt, zumindest einen kleinen Haushaltsansatz zur Sicherung der betrieblichen Gesundheitsförderung anzumelden.

Herr Rehage fragt an, ob es in der Verwaltung einen Sicherheitsarbeitsbeauftragten gebe.

Herr Struwe erklärt, dass es gesetzlich vorgeschrieben sei, einen Arbeitsschutzausschuss (beinhaltet u. a. Arbeitsmediziner, Sicherheitsingenieure, einen betrieblicher Suchtkrankenhelfer) einzurichten. Arbeitsplatzbegehungen würden auf Wunsch der Beschäftigten mit den zuständigen Beteiligten stattfinden. Weiterhin führt er aus, dass im Rahmen des Betrieblichen Eingliederungsmanagement (BEM) bei Langzeiterkrankungen auf Wunsch der Beschäftigten auch Arbeitsplatzbegehungen mit den entsprechenden Beteiligten stattfinden würden.

Frau Hentschel hebt hervor, dass gesundheitliche Prävention mit Unterstützung der Verwaltung sehr positiv zu bewerten sei. Es müsse jedoch darauf geachtet werden, dass die Beschäftigten auch kontinuierlich an den angebotenen Gesundheitstagen teilnehmen würden.

Frau Wippermann erklärt auf Nachfrage von Frau Hentschel, dass zwar überwiegend Frauen, aber auch einige männliche Beschäftigte an den Gesundheitspräventionen teilnehmen würden.

Frau Demant fragt an, ob bezüglich des Umganges mit psychischen Erkrankungen oder Mobbing eine Dienstvereinbarung bestehe.

Herr Struwe erklärt, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Personalrat seit längerer Zeit Dienstvereinbarungen bezüglich der Thematik Mobbing, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und Suchterkrankungen abgeschlossen habe.

Frau Pentling ergänzt, dass bei der Thematik Suchterkrankung die Führungskräfte in besonderem Maße gefordert seien. Sie appelliert vehement, dass absolut sensibel und aufmerksam mit den gefährdeten Beschäftigten umgegangen werden müsse. Auch Mitarbeiter (selbst wenn es sich nicht um die unmittelbaren Vorgesetzten handeln würde), die auf die Problematik der Betroffenen aufmerksam gemacht worden seien, sollten bereits im Vorfeld tätig werden. Die angesprochenen Mitarbeiter sollten noch vor Greifen der Dienstvereinbarung versuchen, die gefährdeten Beschäftigten durch vertrauliche und sensible Gespräche dahingehend zu motivieren, andere Wege aus ihrer akuten Problemlage zu finden. Durch das Greifen der Dienstvereinbarung werde oftmals ein Prozedere in Gang gesetzt, welches bei einigen Betroffenen große Ängste auslösen könne.

Herr Wilczynski erklärt, dass der Personalrat vorgehabt habe, zusätzlich zu den bereits vorhandenen Dienstvereinbarungen auch noch eine Dienstvereinbarung für psychische Erkrankungen zu erarbeiten. Daraus resultiere, dass der Personalrat nunmehr übereingekommen sei, eine gemeinschaftliche Kommission „Gesundheit“ zur Thematik Mobbing, sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz, Suchterkrankungen und psychische Erkrankungen zu bilden.

Frau Meise fragt an, ob sich in den letzten fünf bis zehn Jahren der Krankenstand erhöht habe und ob die Krankenstatistik geschlechterspezifisch dargestellt werden könne. Außerdem möchte sie wissen, wie in der Verwaltung mit psychosomatischen Erkrankungen umgegangen werde.

Frau Pentling antwortet, dass im Zusammenhang mit dem Personalbericht im Haupt-, Personal- und Gleichstellungsausschuss beschlossen worden sei, im nächsten Sitzungslauf die Krankenstatistik der Verwaltung vorzulegen. Es sei derzeit noch nicht möglich, die letzten zehn Jahre bezüglich der Erhöhung des Krankenstandes in dieser Krankenstatistik auszuwerten; für die kommenden Jahre sei eine

detaillierte Auswertung jedoch angestrebt. Allein vor dem Hintergrund der Altersstruktur (Durchschnittsalter 45 Jahre) sei sie nicht der Meinung, dass sich der Krankenstand verringert habe. Über die Form der Erkrankungen könne keine Auswertung erfolgen, da der Arbeitgeber nicht über die Form der Erkrankung informiert werde. Ob eine geschlechterspezifische Krankenstatistik dargestellt werden dürfe, müsse erst noch von der Verwaltung geprüft werden.

Der Bericht über die betriebliche Gesundheitsförderung wird zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

6. Online-Übertragung der Sitzungen des Rates und der Ausschüsse der Stadt Schwerte CDU-Antrag vom 17.01.2011 Vorlage: VIII/0359

Herr Paul erläutert den Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2011.

Frau Pentling erklärt, dass die Verwaltung bezüglich der Thematik „Online-Übertragung“ Kontakt mit den Stadtwerken Schwerte GmbH und der hausinternen IT zur Überprüfung der Möglichkeiten für die Umsetzung der Maßnahme aufgenommen habe. Sollte es heute zu einer entsprechenden Beschlussfassung kommen, wolle die Verwaltung das Ergebnis der Überprüfung in einem der nächsten Sitzungen anhand einer Verwaltungsvorlage präsentieren. Frau Pentling weist bereits jetzt darauf hin, dass die geplante Maßnahme einerseits kostenneutral und andererseits auch die technische Durchführung machbar sein müsse. Sollte sich nach Überprüfung herausstellen, dass das Vorhaben realisiert werden könne, weist sie weiterhin darauf hin, dass eine Umsetzung über das städtische Netzwerk (KDVZ) aufgrund nicht vorhandener Bandbreiten und eventueller Einschränkungen durch den Provider nicht möglich sei. Für die Übertragung müsste eine andere Lösungsmöglichkeit gefunden werden.

Herr Bürgermeister Böckelühr weist ergänzend vorsorglich darauf hin, dass bereits bei einer Gegenstimme eines Ratsmitgliedes für die Einführung der Online-Übertragungen der Sitzungen des Rates der Stadt Schwerte dem Vorhaben nicht stattgegeben werden dürfe. Die Persönlichkeitsrechte der Ratsmitglieder würden an dieser Stelle höher bewertet.

Frau Santehanser bezweifelt einerseits, dass die Umsetzung der Maßnahme kostenneutral erfolgen könne und andererseits bei der Öffentlichkeit tatsächlich auf eine große Resonanz stoße. Außerdem halte sie auch die technische Einrichtung für eine Online-Übertragung im denkmalgeschützten Rats-

saal für problematisch. Weiterhin sei die Anschaffung dieses Projektes aufgrund der finanziellen Haushaltssituation zurzeit für die Öffentlichkeit nur schwer vermittelbar.

Herr Paul führt aus, dass es Grundvoraussetzung sei, die geplante Einführung des Projektes erst nach Prüfung der rechtlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten umzusetzen. Nach seinen Informationen bestehe die Möglichkeit, ohne großen Kostenaufwand mit einer Webcam die Sitzungen des Rates zu übertragen; ein Kameramann sei seiner Einschätzung nach für die Übertragung nicht notwendig.

Herr Filthaus erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Angelegenheit relativ leidenschaftslos betrachte. Er hinterfragt, auf welchem Sender oder Kanal die Übertragungen stattfinden sollen. Ein Standbild auf einer Webcam sei für Zuschauer sicherlich nicht attraktiv.

Herr Paul antwortet, dass die Übertragungen im Internet stattfinden sollen. Auf welchen Kanälen es letztendlich übertragen werden könne, müsse noch überprüft werden.

Herr Reichwald schließt sich den Ausführungen der SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen im Wesentlichen an. Auch er bezweifelt die technische Umsetzung der geplanten Maßnahme.

Frau Schweer-Schnitker vermutet, dass die Einführung eines solchen Projektes die Sitzungsdauer aufgrund der Selbstdarstellung einiger Politiker wohl erheblich verlängern würde. Deshalb halte sie selbst eine Prüfung der Angelegenheit für wenig sinnvoll.

Herr Weist erklärt, dass die WfS-Fraktion einer Überprüfung zwar zustimme, aber die tatsächliche Umsetzung der geplanten Maßnahme sicherlich nicht realisierbar sei.

Herr Bürgermeister Böckelühr lässt über folgenden Prüfauftrag abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen, technischen und finanziellen Möglichkeiten zur Online-Übertragung von Rat- und Ausschusssitzungen der Stadt Schwerte zu prüfen.

Nachrichtlich:

Auf das Bürgerinfo-Portal zur Abfrage von Sitzungsvorlagen, Niederschriften, Sitzungstermine, Angaben zu Mandatsträgern etc. sind seit Juli 2010 rd. 1.530 Zugriffe erfolgt.

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimme/n: 10 Nein-Stimme/n: 4 Enthaltung/en: 3

7. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung

Kreisweite Einführung einer Ehrenamtskarte, CDU-Antrag – VIII/0167

Frau Pentling berichtet, dass der Kreis Unna mitgeteilt habe, dass bei der Thematisierung dieser Angelegenheit in der Bürgermeisterkonferenz des Kreises Unna keine Einheitlichkeit erzielt worden sei. Der Landrat habe daraufhin mitgeteilt, dass er zurzeit keine Initiative ergreifen werde, um eine kreisweite Einführung einer Ehrenamtskarte zu ermöglichen, solange nicht alle Bürgermeister dieses Anliegen unterstützen würden. Aufgrund eines Bürgerantrages in dieser Angelegenheit sei das Thema auf die Tagesordnung der Jugend- und Sozialdezernentenkonferenz des Kreises Unna am 10.02.2011 gesetzt worden.

Sachstandsbericht Ausbildung bei der Feuerwehr

Herr Struwe führt aus, dass die Verwaltung beabsichtige zum 01.04.2011 Brandmeisteranwärter oder -anwärterinnen auszubilden. Die Stellenausschreibung sei im Internet und bei der Bundesagentur für Arbeit bundesweit veröffentlicht worden. Insgesamt seien 190 männliche und 6 weibliche Bewerbungen eingegangen. Nach einer Vorauswahl seien 24 Bewerber und 5 Bewerberinnen zum Auswahltest am 14. und 15.02.2011 eingeladen worden. Die 18-monatige Ausbildung werde bei der Berufsfeuerwehr in Hagen durchgeführt, da die hauptamtliche Wache in Schwerte keine ausreichenden räumlichen Kapazitäten habe. Ggf. schließe sich noch eine 3-monatige Ausbildung zum Rettungsassistenten an.

Sachstandsbericht Umzüge (Konrad-Zuse-Straße)

Herr Struwe berichtet, dass die Aufträge für die Datenverkabelung und Elektrotechnik seitens der TWS erteilt worden seien und am 14.02.2011 beginnen sollen. Die Büros im Obergeschoss seien bereits unterteilt worden. Mittlerweile sei auch der Aufzugsschacht freigelegt worden. Vor 14 Tagen habe eine Koordinierungsrunde mit Beteiligung der TWS, des zuständigen Architekten und der entsprechenden Organisationseinheiten stattgefunden. Erste Abstimmungsgespräche über den Zeitablauf seien erörtert worden. Als frühester Termin für den Beginn der Umzüge sei gegenwärtig der 01.04.2011 angedacht.

Frau Pentling ergänzt, dass gegenwärtig noch nicht der genaue Liefer- und Einbautermin für den Fahrstuhl feststehe. An dem Einbau orientiere sich jedoch die gesamte Zeitplanung für die Umzüge. Die Verwaltung werde diesbezüglich nunmehr selbst Kontakt mit der Herstellerfirma aufnehmen. In Absprache mit Herrn von Tessin von der TWS sei seitens der Verwaltung das Einverständnis erklärt worden, das die Ballettschule die Räume im Erdgeschoß nicht wie geplant zum 31.01.11 räumt, sondern erst zum 28.02.11. Weiterhin berichtet Frau Pentling, dass bezüglich der vorübergehenden Unterbringung der Polizeistation zurzeit keine neuen Erkenntnisse über ein mögliches Einzugsdatum vorliegen. Die der Lokalpresse zu entnehmenden vorliegenden Vorwürfe seien von der Staatsanwaltschaft geprüft und für haltlos erklärt worden. Die Verwaltung warte nunmehr auf Rückmeldung der entsprechenden Beteiligten; verwaltungsseitig seien für die Unterbringung der örtlichen Polizeidienststelle für die Dauer von ca. vier Monaten alle Vorbereitungen getroffen worden.

8. Informationen und Anfragen

Anfragen

Betriebssport für Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr

Frau Meise erklärt, dass die Freiwillige Feuerwehr Löschgruppe Geisecke den Wunsch an sie herangebracht habe, bei der Verwaltung nachzufragen, ob eine Sporthalle, bzw. im Sommer ein Sportplatz, für die Durchführung von betriebssportlichen Aktivitäten für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr stundenweise zur Verfügung gestellt werden könne.

Weiterhin fragt sie, ob die Durchführung der Gedenkfeier am EAW (08.05.2011) weiterhin durch den KuWeBe gewährleistet werde.

Herr Bürgermeister Böckelühr antwortet, dass seines Erachtens für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr keine gesetzliche Verpflichtung zur betriebssportlichen Betätigung bestehe. Er sagt jedoch aufgrund des geäußerten Wunsches zu, diesbezüglich Kontakt mit dem Stadtbrandinspektor als Leiter der Freiwilligen Feuerwehr aufzunehmen. Er gibt zu bedenken, dass sehr wahrscheinlich nicht genügend räumliche Kapazitäten für die Realisierung von Betriebssport für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr vorhanden seien.

Die Veranstaltung der jährlichen Gedenkfeier am EAW bleibe nach wie vor Aufgabe des KuWeBe. Die Verwaltung werde jedoch den Vorstand des KuWeBe darüber informieren, dass die Durchführung der Gedenkfeier weiterhin gewünscht werde.

Neue Spielhalle am City-Centrum

Frau Demant fragt an, ob gegen den geplanten Einzug einer neuen Spielhalle am City-Centrum noch vorgegangen werden könne.

Herr Filthaus möchte bis zur Ratssitzung am 09.02.2011 wissen, wie hoch die Steuern für Spielautomaten in der Stadt Schwerte seien und ob es Möglichkeiten gebe, diese Steuern bis auf ein Maximum zu erhöhen.

Frau Pentling führt aus, dass beim Bereich Bauordnung eine positiv beschiedene Bauvoranfrage zur Errichtung einer Spielhalle vorliege. Mittlerweile liege auch der Bauantrag vor. Nach der gegenwärtigen rechtlichen Einschätzung bestehe auch für den Bauantrag ein Anspruch auf eine positive Bescheidung. Es gebe nach gegenwärtigem Prüfungsstand keine Rechtsgrundlage, die die positive Bescheidung verhindern könne. In dieser Angelegenheit liege auch eine ausführliche Stellungnahme des Bereiches Recht vor, das nach Überprüfung des Sachverhaltes auch zu diesem Ergebnis komme. Weiterhin führt sie aus, dass es trotzdem vielleicht noch Möglichkeiten gebe, die Errichtung einer neuen Spielhalle zu verhindern, was sie jedoch in der nichtöffentlichen Sitzung ansprechen wolle.

Böckelühr
Vorsitzende/r

Schinnerling
Schriftführer/in